

Vertrauen und solidarische Einstellungsmuster bei Stadtbewohnern¹

In den europäischen Großstädten entwickelt sich im Zuge des sozio-ökonomischen Wandels eine stärkere sozialräumliche Segregation. Mit der räumlichen Konzentration von Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihrer marginalen Position auf dem Arbeitsmarkt und aufgrund des Wandels sozialstaatlicher Sicherungssysteme ins soziale Abseits geraten, ist die Gefahr einer dauerhaften Ausgrenzung verbunden (vgl. Häußermann/Kronauer/Siebel 2004). Diese Quartiere weisen in den Großstädten Westdeutschlands und in Berlin regelmäßig auch hohe Anteile von Migranten auf. Daraus ergeben sich einerseits brisante Konfliktsituationen (vgl. Heitmeyer/Anhut 2000), andererseits finden sich Anzeichen dafür, dass sie auch in der Aufmerksamkeit der Stadtpolitik an den Rand geraten. Es steht die Frage im Raum, wie diese Quartiere im politischen System überhaupt repräsentiert sind. Die Distanz zwischen der ‚offiziellen Politik‘ und den marginalisierten Quartieren könnte sich zusätzlich zur mangelnden Aufmerksamkeit durch politische Eliten dadurch vergrößern, dass das politische Vertrauen in die kommunale Politik und das Gefühl, von ihr repräsentiert zu werden, weiter abnimmt und so die Beziehungen zwischen diesen Gebieten und den übrigen Teilen der Stadt weitgehend abreißen. Diese Gefahr beinhalten die Begriffe der ‚Fragmentierung‘ oder ‚Spaltung‘ der Stadt (Häußermann 1998).

Darüber hinaus stellt sich die Frage, auf welches Reservoir gesamtstädtischer Solidarität sich die politischen Forderungen aus marginalisierten Quartieren überhaupt noch beziehen können – das dort herrschende Desinteresse und die zunehmende Resignation könnten ja eine realistische Reaktion auf den Zerfall von Solidarität sein, wenn der vielfach beklagte Verfall von moralischen Ressourcen für einen sozialen Ausgleich bzw. für eine umverteilende Politik schon so weit fortgeschritten wäre, dass Erfolge politischer Beteili-

¹ Für die tatkräftige Unterstützung bei der statistischen Auswertung danken wir Maren Kandulla.

gung gar nicht mehr zu erhoffen sind. Dies wäre dann der Fall, wenn sich Entsolidarisierung und Erosion gesamtstädtischer Verantwortung auf Seiten der ökonomisch Erfolgreichen feststellen ließen.

Politische Resignation wurde bisher vor allem bei sozial marginalisierten Bewohnern diagnostiziert (vgl. exemplarisch Kronauer 2001; zur Reaktionsbildung bei den Betroffenen vgl. die Studien von Heitmeyer 1998 sowie Heitmeyer/Anhut 2000). Wie es auf der ‚anderen Seite‘ der Stadt, also bei den Privilegierten aussieht, ist bisher noch nicht untersucht worden. In dem Forschungsprojekt ‚Repräsentation und politische Integration in der fragmentierten Stadt‘² gehen wir gegenwärtig dieser Frage nach. Dort interessiert uns, ob sich das kommunalpolitische Bewusstsein und Vertrauen marginalisierter Stadtbewohner von dem der privilegierten unterscheidet, und ob jeweils unterschiedliche Auffassungen von gesamtstädtischer Solidarität existieren. Darüber hinaus fragen wir nach der Wahrnehmung politischer Einflussmöglichkeiten dieser Bewohnergruppen. Führt die wachsende sozioökonomische Polarisierung bei den marginalisierten Bewohnern zur politischen Resignation und Apathie und komplementär bei den privilegierten Bewohnern zu einer verstärkten Indifferenz gegenüber den sozialen Problemlagen in bestimmten städtischen Quartieren? Oder ist im politischen Bewusstsein beider Bewohnergruppen noch eine solidarische Grundhaltung zur gesamten Stadt und eine Bereitschaft zur Beteiligung an politischen Entscheidungen vorhanden, die an der gegenwärtigen Lage etwas ändern könnten?

Unserer Untersuchung haben wir folgende Hypothesen zugrunde gelegt: 1. Das Vertrauen in das kommunalpolitische System bei den Bewohnern der unterprivilegierten Quartiere ist deutlich niedriger als bei den Bewohnern privilegierter Quartiere; 2. die Marginalisierten sind der Auffassung, dass die Belange ihres Stadtviertels im kommunalpolitischen Prozess nicht repräsentiert werden und 3. lässt sich insgesamt eine Abwendung sowohl der Bewohner der privilegierten wie der marginalisierten Viertel von der Vorstellung eines gesamtstädtischen Gemeinwohls feststellen; ein gesamtstädtisch solidarischer Ausgleich verliert dadurch seine Basis.

² Das Projekt ist Teil des interdisziplinären Forschungsverbundes ‚Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft‘, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und von Wilhelm Heitmeyer geleitet wird.

1. Stadtauswahl, Forschungsdesign und Methoden

Die Untersuchung basiert auf quantitativen Daten, die mittels einer telefonischen Bewohnerbefragung in benachteiligten und privilegierten Stadtquartieren in Köln, Leipzig, Mannheim und Berlin erhoben wurden. Durch Köln und Leipzig beinhaltet die Stadtauswahl einen Vergleich zwischen einer west- und einer ostdeutschen Großstadt. In Mannheim zeigen sich die Folgen der Deindustrialisierung aufgrund seiner geringeren Größe und seiner wirtschaftlichen Monostrukturierung in besonderer Weise. Berlin wurde wegen seiner stadtentwicklungspolitischen Sonderstellung hinzugenommen. Innerhalb der ausgewählten Städte wurden anhand sozioökonomischer Indikatoren jeweils das am stärksten privilegierte und das am stärksten marginalisierte Gebiet abgegrenzt.³ Dabei handelt es sich für Berlin um *Zehlendorf-Mitte* und um den *Soldiner Kiez* (Wedding), für Leipzig um *Gohlis-Süd* und den *Leipziger Osten*,⁴ in Köln um *Hahnwald-Marienburg* und *Chorweiler* sowie in Mannheim um die Gebiete *Oststadt* und *Schönau*.

Der standardisierte Fragebogen⁵ zielt auf Einstellungen zum Institutionenvertrauen⁶ auf der lokalen Ebene, die politische Re-

³ Als Indikatoren wurden der Arbeitslosenanteil, die Sozialhilfedichte, der Ausländeranteil und die Beteiligung an Kommunalwahlen bestimmt.

⁴ Für unsere Untersuchung wurden hier die Stadtteile Neustadt-Neuschönefeld und Volkmarisdorf gewählt.

⁵ Bei der Entwicklung des standardisierten Instruments kooperierten wir im Rahmen des Forschungsverbundes 'Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft' eng mit dem Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung und mit Gertrud Nunner-Winkler samt Mitarbeiterinnen vom Max-Planck-Institut, München. Nach dreimaligem Pretest wurde die Umfrage vom Zentrum für empirische Sozialforschung (ZeS) der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Sozialwissenschaftlichen Umfragezentrum (SUZ) der Universität Duisburg durchgeführt.

⁶ *Variablen:* 1. „Sind Sie im Großen und Ganzen mit der Kommunalpolitik in B./L./M./K. sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?"; 2. „Wenn Sie an die Zukunft von B./L./M./K. denken, haben Sie zu folgenden Personen oder Einrichtungen großes Vertrauen, eher Vertrauen, eher kein Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie groß ist Ihr Vertrauen zum Oberbürgermeister?"; 3. „Zu Kommunalpolitikern"; 4. „Zum Gemeinderat/Stadtrat/Abgeordnetenhaus?"; 5. „Zur Stadtverwaltung?"; 6. „Zu den Stadtparteien?"; 7. „Und zum Bezirksbeirat/zur Bezirksvertretung/zur Bezirksverordnetenversammlung?". Diese Variablen beziehen sich auf die gesamten Tabellen und Abbildungen des Abschnittes zum politischen Vertrauen.

präsentation der Quartiere⁷ sowie die Solidaritätsbereitschaft der Bewohner⁸. Da sich in der Literatur sowohl Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen sozialem und politischem Vertrauen (vgl. Schmalz-Bruns 2002; Offe 2001; Eisenstadt 2001) als auch zwischen Engagement/Partizipation und politischen Einstellungen (vgl. Frevert 2002; Offe/Fuchs 2001; Gabriel u. a. 2002) finden, wurden ebenfalls Variablen zum sozialen Vertrauen⁹, zum bürgerschaftlichen Engagement¹⁰ und zur politischen Partizipation¹¹ erhoben und als Prädiktoren für die multivariaten Verfahren eingesetzt. Die Grund-

⁷ *Variablen:* 1. „Wenn Sie nun an Wedding/Zehlendorf/Osten/Gohlis/Schönau/Oststadt/Chorweiler/Hahnwald im Allgemeinen denken, würden Sie sagen, dass folgende Aussagen voll zutreffen, eher zutreffen, eher nicht zutreffen oder gar nicht zutreffen? Die Interessen von Wedding/... werden ausreichend durch Kommunalpolitiker und durch den Stadt-/Gemeinderat/das Abgeordnetenhaus vertreten“; 2. „Die Interessen der Frauen werden im Stadtteil ausreichend berücksichtigt“; 3. „Wedding/... wird im Vergleich zu anderen Stadtteilen von der Stadtverwaltung eher vernachlässigt“; 4. „Um die wichtigsten Probleme des Stadtteils kümmert sich niemand.“

⁸ *Variablen:* 1. „Stellen Sie sich vor, Sie könnten bei der momentanen Finanznot über die knappen Gelder der Stadt B/L/M/K entscheiden. Wie sollten die knappen Gelder verteilt werden? Das Geld sollte auf alle Viertel gleich verteilt werden oder die schlechter gestellten Viertel sollten mehr Geld bekommen.“; 2. „Wie Sie vielleicht gehört haben, steht Geld zur Einrichtung von Ganztagschulen zur Verfügung. Wo im Stadtgebiet sollte man diese Ganztagschulen einrichten? Dort, wo die schlechtesten Schulleistungen zu beobachten sind oder dort, wo man die Besten unterstützen kann?“; 3. „Angenommen der Stadt-/Gemeinderat/das Abgeordnetenhaus erwägt, einen Solidaritätszuschlag für B/L/M/K einzuführen, um die Lebensbedingungen in schlechter gestellten Vierteln zu verbessern. Dieser Zuschlag würde weniger als ein Prozent Ihres Einkommens ausmachen. Würden Sie für oder gegen den Vorschlag einer Stadtabgabe stimmen?“

⁹ *Variablen der Regression:* 1. „Es gibt Menschen zu denen man mehr oder weniger Vertrauen haben kann. Bitte sagen Sie mir im Folgenden jeweils, ob Sie großes Vertrauen, eher Vertrauen, eher kein Vertrauen oder gar kein Vertrauen haben: Wie ist es mit den Bewohnern in Ihrem Stadtteil?“; 2. „Und wie ist es mit den Menschen in Ihrer Stadt?“; 3. „Und wie ist es mit den Ausländern?“

¹⁰ *Variablen der Regression:* 1. „Darf ich Sie nun nach Ihren Mitgliedschaften fragen? Bitte antworten Sie im Folgenden mit Ja oder Nein. Sind Sie Mitglied in der Kirche oder einer religiösen Vereinigung?“; 2. „Sind Sie Mitglied einer Partei?“; 3. „Sind Sie Mitglied in einem Sportverein?“; „Sind Sie Mitglied einer Gewerkschaft?“; 5. „Haben Sie irgendwo ein Ehrenamt oder arbeiten auf andere Weise aktiv mit?“

¹¹ *Variablen der Regression:* 1. „Wenn nächsten Sonntag Wahl des Abgeordnetenhauses/des Stadtrates/des Gemeinderates wäre, würden Sie zur Wahl gehen? Ja oder Nein?“; 2. „Wie sehr interessieren Sie sich für die Stadtpolitik in B/L/M/K? Interessieren Sie sich sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht?“

gesamtheit bilden alle im amtlichen Telefonbuch eingetragenen¹² und auf der Stadtebene wahlberechtigten Bewohner und Bewohnerinnen¹³.

Die realisierte Stichprobe besteht aus 3289 Fragebögen, pro Stadtteil ca. 400.¹⁴ Um der, bei Telefonbefragungen häufig vorkommenden Überrepräsentation von Frauen und Senioren entgegenzuwirken, wurden die Daten gewichtet. Als Gewichtunggrundlage dienten die Angaben der Alters- und Geschlechtsverteilung der amtlichen Statistiken. Somit kann die Stichprobe hinsichtlich dieser Merkmale als repräsentativ für die wahlberechtigte (im amtlichen Telefonbuch registrierte) Bevölkerung der entsprechenden Stadtteile gelten.¹⁵ Die Daten wurden zunächst durch deskriptive Verfahren analysiert und ausgewertet; die entsprechenden Häufigkeitstabellen befinden sich im Anhang.¹⁶ Sämtliche Variablen wurden jeweils, ge-

¹² Die Stichprobengenerierung geschah mittels der Extraktion von Telefonnummern nach Straßennamen und Hausnummern aus dem amtlichen Telefonbuch und einer anschließenden zufälligen Auswahl.

¹³ Die Reduktion der Befragten auf die Bewohner/innen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und auf kommunaler Ebene wahlberechtigt waren, schließt Kinder/Jugendliche und nicht eingebürgerte Migranten aus. Dies ist dadurch begründet, dass sich die Fragestellung auf den Zusammenhang zwischen sozialräumlicher Fragmentierung und politischer Repräsentation richtet. Bewohner, die aufgrund einer ausländischen Staatsbürgerschaft über gar keinen Zugang zum politischen System durch aktives und passives Wahlrecht verfügen, wurden daher nicht in die Befragung einbezogen. Im formellen politischen System spielen sie qua definitionem keine Rolle. In der Regel ist zudem die Wahlbeteiligung der deutschen Staatsbürger in diesen Quartieren sehr niedrig. Das führt in Quartieren mit einem sehr hohen Ausländeranteil zu einer starken Unterrepräsentation der Bewohner dieser Quartiere bei Kommunalwahlen. Wir haben, um dieser Problematik etwas näher zu kommen, Vertreter von Vereinen und Initiativen, die Ausländer repräsentieren, zur Repräsentation der Quartiere befragt. Dabei zeigte sich, dass über die allgemeine Wahrnehmung der Marginalisierung in politischen Entscheidungsprozessen hinaus kein spezifisches ‚Quartiersbewusstsein‘ existiert. Das ist sicher ein Spiegel der Tatsache, dass die Beteiligung von Ausländern – wenn es überhaupt formelle Institutionen wie Ausländerbeiräte etc. gibt – auf ausländerspezifische Angebote der Beteiligung und thematisch auf ‚Ausländerfragen‘ beschränkt ist.

¹⁴ Die Anzahl der Interviews, die in die Auswertung einging, findet sich in der Tabelle 9 im Anhang.

¹⁵ Mögliche Verzerrungen, die sich durch die Extraktion der Telefonnummern aus dem amtlichen Telefonbuch ergeben, können durch die Gewichtung nicht aufgehoben werden.

¹⁶ In den Tabellen 4, 5 und 6 werden die Prozent-Angaben gewichtet dargestellt, die absoluten Häufigkeiten dagegen ungewichtet. Bei den Prozentangaben handelt

trennt nach marginalisierten bzw. privilegierten Stadtgebieten, nach Stadt- und Quartierszugehörigkeit, sowie nach dem Geschlecht des Interviewten betrachtet. In einem zweiten Schritt wurde mithilfe einer Faktorenanalyse¹⁷ je ein Faktor für das politische Vertrauen und für die politische Repräsentation gebildet und diese mit dem multivariaten Verfahren der linearen Regression analysiert. Dabei wurden die unabhängigen Variablen sukzessiv in die Modelle integriert, um einen Überblick über die Daten zu erhalten. Die unabhängigen Variablen der Regression bestehen im jeweils ersten Modell aus den soziodemographischen Indikatoren; im zweiten Endmodell aus diesen sowie den Indikatoren, die sich in einem der drei multivariaten Modelle als signifikant herausgestellt haben.¹⁸ Mit diesem Verfahren werden die soziodemographischen Variablen separat betrachtet, da sie im zweiten Modell aufgrund ihres „indirekten“ Einflusses auf die übrigen Indikatoren häufig ihren signifikanten Einfluss verlieren. Die Solidarität wurde aufgrund der dichotomen Struktur der Variablen zur Solidaritätsbereitschaft mithilfe der logistischen Regression analysiert. Die Ergebnisse der multivariaten Modelle sind im Text ausführlich dargestellt. Das Bestimmtheitsmaß R^2 kann als Anteil der Varianz der abhängigen Variablen interpretiert werden, der durch die Kovariaten „erklärt“ wird. Dabei ist hinsichtlich der Interpretation der Ergebnisse als kausale Effekte Vorsicht geboten. Nicht immer kann von einem kausalen, linearen Einfluss der unabhängigen Variablen auf die Zielvariable gesprochen werden. Vielmehr ist ein gegenseitiger Einfluss oder eine umgekehrte Einflussrichtung in einigen Fällen denkbar, doch konnte diese Problematik methodisch nicht anders gelöst werden.

es sich um Zeilenprozente (horizontale Prozentuierung).

¹⁷ Es handelt sich dabei um die iterative Haupt-Faktorenanalyse, ipf, mit der oplique Rotationsmethode ‚promax‘. Ergebnisse sind im Anhang in den Tabellen 7 und 8 nachzulesen.

¹⁸ In einem thesengeleiteten iterativen Verfahren wurden alle potenziell einflussver sprechenden Variablen in das multivariate Modell integriert. Um Multikollinearität zu vermeiden und die Modelle übersichtlich zu halten, wurden trotz Kontrollverlustes im Endmodell die Indikatoren entfernt, deren Einflüsse nicht signifikant waren.

2. Vertrauen, Repräsentation und Solidarität als kommunalpolitische Integrationspotenziale

Im weitesten Sinne geht es bei unserer Untersuchung um Fragen der lokalen politischen Kultur. Theoretische Vorläufer hierfür finden sich in der empirischen Demokratieforschung.

Soziale Gemeinschaften innerhalb demokratischer Staatsstrukturen sind durch eine *Verbundenheit trotz Differenz* (Hondrich/Koch-Arzberger 1992, 13) gekennzeichnet. Die demokratischen Regeln ermöglichen die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher sozialer Gruppen jenseits allgemein verbindender Werte und jenseits eines rein marktgesteuerten Austausches, benötigen jedoch einen rudimentären Grundkonsens. Deshalb verbirgt sich hinter den Fragen nach dem Ausmaß des Vertrauens in das demokratische Regelwerk und in die politische Repräsentation, sowie nach einer solidarischen Grundhaltung gegenüber anderen Gruppen letztlich das Problem, inwiefern ein Gemeinwesen in der Lage ist, verschiedene Lebensformen zu einer differenzierten Einheit zu integrieren, in der Konflikte gewaltfrei ausgeglichen werden können.

Kern der Forschungen zur politischen Kultur ist die Behauptung, dass subjektive politische Orientierungen einen wesentlichen Einfluss auf Gestalt und Funktion des jeweiligen politischen Systems ausüben. Die Gründungsväter dieser Forschungsrichtung, Almond und Verba, definieren politische Kultur als „the particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation“ (1989 [1963], 13) und behaupten, dass demokratische politische Systeme nur funktionstüchtig und stabil sind, wenn die formalen Strukturen und Institutionen in einen entsprechenden Einstellungs- und Vertrauenshintergrund eingelagert sind. Die Autoren stellten damit aus einer empirisch vergleichenden politikwissenschaftlichen Perspektive die Frage nach den Bedingungen der Demokratie. Im Anschluss an Almond und Verba entwickelte David Easton das Konzept der *politischen Unterstützung*. Seiner Ansicht nach besteht die zentrale Aufgabe des politischen Systems darin, gesellschaftliche Forderungen in bindende Entscheidungen umzuwandeln. Easton setzt dafür ein gewisses Maß an Unterstützung seitens der Bürger voraus, „an attitude by which a person orients himself to an object either favorably or unfavorably, positively or negatively“ (1975, 436). Easton sieht verschiedene Objek-

te, die der Unterstützung bedürfen; die *politische Gemeinschaft* insgesamt, die *politische Ordnung* (Normen, Werte, Institutionen) und – last not least – die *politischen Herrschaftsträger* selbst. Unterstützung wird zunächst *spezifisch*, als direkte Belohnung der Leistungen von Autoritäten gewährt. Das allein genügt jedoch nicht, um ein demokratisches System auch in Krisenzeiten stabil zu halten. Dazu bedarf es zusätzlich der *diffusen Unterstützung* „a kind of support that a system does not have to buy with more or less direct benefits for the obligations and responsibilities the member incurs“ (Easton 1965, 273). Eastons Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung ermöglicht die analytische Trennung eines auf längere Zeit hin gewährleisteten Kredits gegenüber dem demokratischen System und dessen Institutionen von einer augenblicksabhängigen Unterstützung einzelner Vertreter und deren Entscheidungen;¹⁹ sie wurde wegweisend für die empirische Forschung (vgl. Walz 1996; Krüger 1995; Fuchs 1989; Gabriel 1999).

Gemeinhin widmet sich die politische Kulturforschung der nationalstaatlichen Ebene, für die lokale Ebene liegen dagegen nur wenige Untersuchungen vor (vgl. Wehling 1987; Schacht 1987; Gabriel/Vetter 1997; Hennig/Homburg/Lohde-Reiff 1999; Anhut 2000; Vetter 2002). Bereits Almond und Verba erkannten die Bedeutung der Kommunen für bürgernahe, partizipative und effektive Demokratie. „The local community seemed to be a good place to begin, since political and governmental problems tend to be more understandable, the organs of government less distant, the chances of effective participation for the individual citizen greater on the local level than on the level of national government“ (1989 [1963], 121ff). Die Kommunen werden hier als *Träger der Demokratie* profiliert.²⁰ Seit der *partizipatorischen Revolution* der siebziger Jahre (Max Kaase) wird den Kommunen in der Demokratietheorie wieder eine exponierte Rolle als Ort von Bürgerinitiativen, städtischem Protest und neuen sozialen Bewegungen zugesprochen (Roth 1998).

¹⁹ Die diffuse Unterstützung entspricht nach Westle (1989, 224) „de[m] in Demokratien institutionell vorgesehene[n] Mechanismus des Regierungswechsels durch Wahlen als möglicher Ausdruck politischer Unzufriedenheit mit den jeweils amtierenden Herrschaftsträgern, der ein Übergreifen negativer Bewertungen auf das System vermeiden soll.“

²⁰ Deren gesellschaftliche und politische Sozialisationsfunktion betonten bereits Alexis de Tocqueville (1985 [1835]) und John Stuart Mill (1971 [1861]).

Im Zuge des Umbaus des Sozialstaates gewann die Kommune als politische Arena außerdem durch Debatten über zivilgesellschaftliches Handeln (vgl. Wollmann 2002; Klages 2002), soziales Kapital (Putnam 1993; 2000) sowie bürgerschaftliche Selbstorganisation und Selbstverwaltung (Häußermann/Wurtzbacher 2004) an Bedeutung. Alle normativen Debatten über die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Handelns und bürgerschaftlicher Selbstorganisation bleiben allerdings frei schwebend, solange unklar ist, inwiefern hierfür überhaupt die empirischen Voraussetzungen bei den Stadtbewohnern vorhanden sind. Ohne die Anerkennung der Kommune als Ort der politischen Gestaltung und ohne Vertrauen in die institutionalisierten Mechanismen kann die kommunale Ebene kaum wesentliche Integrationswirkungen entfalten.

3. Das diffuse Vertrauensfundament der politischen Gemeinde

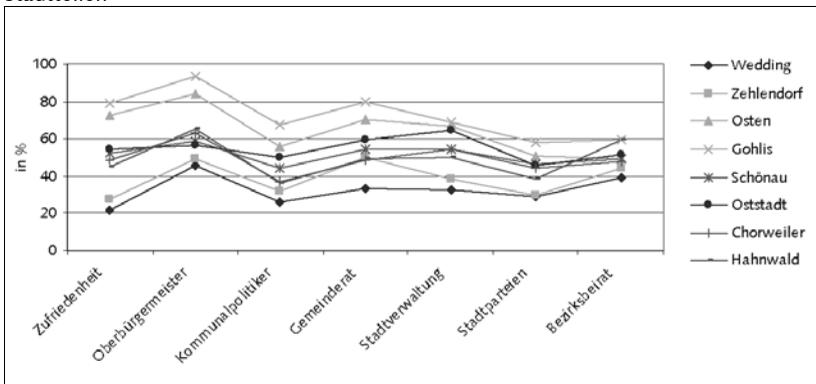
Wir schließen uns Easton's Unterscheidung eines spezifischen und eines diffusen Vertrauenspotenzials der Bürger an. Unter *politischem Vertrauen* verstehen wir eine generelle bzw. diffuse Unterstützungsbereitschaft gegenüber den politischen Institutionen und Entscheidungsprozessen. Die spezifischen Unterstützungsleistungen der Bürger subsumieren wir im nachfolgenden Abschnitt unter dem Stichwort der *Repräsentation*. Um die Frage zu klären, inwiefern die politischen Institutionen und das kommunalpolitische System insgesamt überhaupt noch im Bewusstsein und in den Einstellungen der Stadtbewohner verankert sind, haben wir zunächst nach der generellen Zufriedenheit der Stadtbewohner mit der Kommunalpolitik gefragt und in einem zweiten Schritt danach, welchen Institutionen am ehesten zugetraut wird, die anstehenden Probleme befriedigend zu lösen.²¹

In diesen Ergebnissen scheint sich unsere Ausgangsthese nicht zu bestätigen. Vergleicht man die Verteilung zwischen privilegierten und marginalisierten Gebieten, so ist kein deutlicher Unterschied zwischen dem Vertrauen festzustellen, dass die jeweiligen Bewohner in die kommunalpolitischen Institutionen setzen. Die Bewohner der privilegierten Stadtviertel vertrauen den kommunalpoli-

²¹ Angaben zu den Häufigkeiten und Item-Formulierungen finden sich in Tabelle 4 im Anhang.

tischen Institutionen nur mit einem zu vernachlässigendem Vorsprung. Dieser liegt zwischen 0,1 Prozentpunkten bei den Parteien und 8,4 Prozentpunkten bezüglich des Gemeinderates (siehe Abb. 1). Nicht die sozioökonomische Situation der Bewohner scheint die ausschlaggebende Größe für das politische Vertrauen zu sein, sondern die stadtspezifische Situation in der lokalen Politik; die großen Unterschiede zwischen den vier Städten sind erheblich (siehe Abb. 2). In Berlin sind lediglich 25% der befragten Bürger mit der kommunalen Politik „zufrieden“, in Leipzig dagegen 75,7%.

Abbildung 1: Politisches Institutionenvertrauen der Stadtbewohner nach Stadtteilen²²



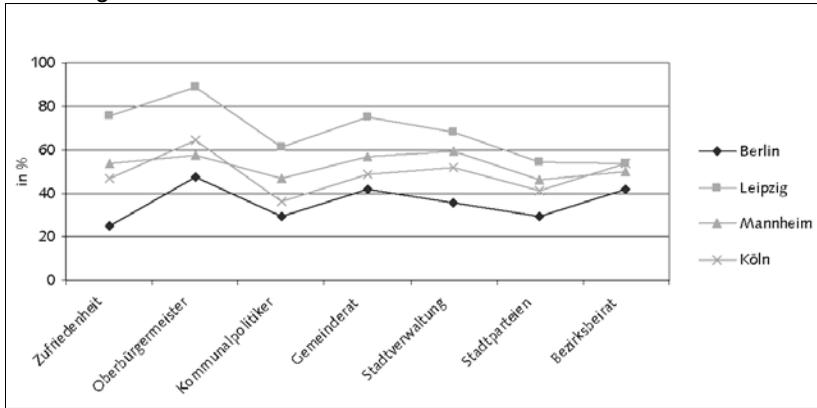
Das Maß an Vertrauen verteilt sich in den Städten auf die unterschiedlichen Institutionen tendenziell gleich. Über Stadt- und Stadtteilgrenzen hinweg genießen die Oberbürgermeister gefolgt von den Gemeindeparlamenten überall deutlich höheres Vertrauen als die Kommunalpolitiker und Parteien (zum Einfluss der Parteien auf das politische Vertrauen vgl. Gabriel 1999). Die in der Gemeindeordnung herausgehobene Rolle des Oberbürgermeisters scheint sich im Vertrauen der Bewohner zu spiegeln.

Eine Faktorenanalyse mit gewichteten Daten ergab, dass die Variablen zum politischen Vertrauen auf einen Faktor laden, den wir im Folgenden auch als *politisches Vertrauen* bezeichnen.²³

²² Angaben zu den Variablen finden sich im Methodenteil (Fußnote 6) und in der Häufigkeitstabelle 4 im Anhang.

²³ Angaben zur Faktorenanalyse befinden sich in den Tabellen 7 und 8 im Anhang.

Abbildung 2: Politisches Institutionsvertrauen der Stadtbewohner nach Städten²⁴



Die Regression im ersten Modell, in das soziodemographische sowie stadt- und quartiersbezogene Variablen integriert wurden, zeigt, dass die Städte einen signifikanten Einfluss auf das politische Vertrauen ausüben. Schlägt bei den Bewohnern Berlins das Vertrauen in Misstrauen gegenüber der Kommunalpolitik um, so bescheinigen auch die Bewohner von Köln und Mannheim der Kommunalpolitik ein geringeres Vertrauen als die Bewohner Leipzigs. Trotz der großen Unterschiede zwischen den Städten zeigen – wie von uns vermutet – Privilegierte eher ihr Vertrauen als Nichtprivilegierte. Die These eines niedrigeren Vertrauens in den marginalisierten Gebieten lässt sich so bestätigen, muss aber durch den starken Einfluss der politischen Kultur der Städte ergänzt werden. Das politische Vertrauen ist im Allgemeinen höher, je stärker die soziale Position einer Person ist. So erweisen sich im Modell 1 das Alter und der Schulabschluss Abitur als signifikant. Je älter die Personen und je höher die Schulabschlüsse der Bewohner sind, desto mehr Vertrauen setzen sie in die Kommunalpolitik. Selbständige, von denen zu vermuten ist, dass sie eher durch eine liberale Grundhaltung geprägt sind und das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten grundsätzlich mit einer gehörigen Portion Misstrauen betrachten, da staatliche Institutionen als eine „ständige latente Bedrohung individueller Freiheitsrechte“ wahrgenommen werden (Gabriel 2002,

²⁴ Angaben zu den Variablen finden sich im Methodenteil (Fußnote 6) und in Häufigkeitstabelle 4 im Anhang.

Tabelle 1: Lineare Regressionsmodelle mit *politischem Vertrauen* als abhängige Variable²⁵

Kovariante	Referenzkategorie	Modell 1		Modell 2	
		Regressions- koeffizient	Regressions- koeffizient	Standard. Re- gress. koef.	
männlich	weiblich	ns	ns	ns	
Alter		0,01***	ns	ns	
Mittlere Reife, POS 10.- Klasse	Hauptschulabschluss, POS 8. Klasse	ns	ns	ns	
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss, POS 8. Klasse	0,29***	ns	ns	
Einkommen (in 100 €)		ns	0,01**	-0,06	
erwerbstätig	nichterwerbstätig	ns	ns	ns	
Arbeiter	Angestellte	-0,20**	ns	ns	
Beamte	Angestellte	ns	ns	ns	
Selbständige	Angestellte	-0,30***	-0,27***		
ledig	verheiratet	ns	ns	ns	
geschieden/verwitwet	verheiratet	ns	ns	ns	
Wohndauer		ns	-0,01*	-0,06	
privilegierte Quartiere	benachteiligte Qu.	0,10*	ns	ns	
Berlin	Leipzig	-0,91***	-0,80***		
Mannheim	Leipzig	-0,30***	-0,31***		
Köln	Leipzig	-0,63***	-0,59***		
politisches Interesse			0,31***	0,14	
Wähler	Nichtwähler		0,57***		
Mitgliedschaft in der Kir- che	keine Mitgliedschaft		0,15***		
Mitgliedschaft in Partei	keine Mitgliedschaft		0,20**		
Ehrenamt	kein Ehrenamt		ns	ns	
Mitglied im Sportverein	keine Mitgliedschaft		ns	ns	
Mitglied einer Gewerkschaft	keine Mitgliedschaft		ns	ns	
Vertrauen zu Stadtbewohnern	kein Vertrauen		0,27***	0,13	
Vertrauen zu Quartiers- bewohnern	kein Vertrauen		0,17***	0,09	
Vertrauen zu Ausländern	kein Vertrauen		ns	ns	
Konstante		0,01	-0,65***		
N		1282	1110	1110	
Adj. R ²		0,16	0,28	0,28	

10% Signifikanzniveau*, 5% Signifikanzniveau**, 1% Signifikanzniveau***,
ns – statistisch nicht signifikant

²⁵ Hohe positive Werte stehen für hohes politisches Vertrauen, negativen Werte für geringes politisches Vertrauen.

496f), sind weniger vertrauensselig gegenüber der Politik eingestellt als Angestellte. Arbeiter weisen im Unterschied zu Angestellten im Modell 1 ein höheres Misstrauen auf.

Im zweiten Modell wurden zusätzlich Variablen aufgenommen, die den Zusammenhang zwischen sozialem Kapital und politischer Unterstützung aufklären sollen. Uns interessiert dabei die Frage, wie sich die Einbindung in soziale Netzwerke, das interpersonale Vertrauen und die generelle Bereitschaft zu politischer Partizipation auf das politische Vertrauen auswirken (vgl. Putnam 1993; Gabriel u. a. 2002, 174ff). Bewohner, die ein Interesse an kommunaler Politik äußern und bereit sind, an Kommunalwahlen teilzunehmen, zeichnen sich durch ein größeres Vertrauen aus, ebenso die Mitglieder von Kirchen oder Parteien. Ein Zusammenhang besteht auch zwischen dem politischen und sozialen Vertrauen zu den jeweiligen Quartiers- und Stadtbewohnern: wo dieses hoch ist, ist auch das politische Vertrauen hoch. In gewisser Weise bestätigt sich hier die These, dass Vertrauen zwischen den Mitbürgern auf horizontaler Ebene eine positive Voraussetzung für die Generalisierung des Vertrauens auf der vertikalen Ebene des politischen Vertrauens sein kann (Offe 2001). Dass politisches und soziales Vertrauen zusammenhängen, ist ein Hinweis auf ein komplexes Einstellungssyndrom, in dem sich Sicherheits- oder Unsicherheitsgefühle hinsichtlich des sozialen Nahraums aus verschiedenen Quellen mit den politischen Einstellungen verbinden.

Hinsichtlich der soziodemographischen Variablen kam es bei Modell 2 zu Veränderungen. Es ist anzunehmen, dass die Variablen Alter, Bildung (Abitur) und Arbeiter, die im Modell 1 signifikant waren, auf die Variable ‚potenzieller Wähler/Nichtwähler‘ im Modell 2 ‚übergegangen‘ sind, da eher ältere und eher gebildete Personen wählen gehen und die traditionellen SPD-Stammwähler den letzten Kommunalwahlen häufiger fern geblieben sind.

Die Abbildungen 1 und 2 zeigen, dass es deutlich unterscheidbare *lokale politische Stimmungen* gibt; denn anders lassen sich die enormen Unterschiede zwischen den Städten nicht erklären. Ob die Bewohner einer Stadt ein generelles bzw. diffuses Vertrauen gegenüber der Kommunalpolitik aufbringen, hängt sicher stark davon ab, wie aktuelle kommunalpolitische Ereignisse interpretiert und verarbeitet werden. Skandale spielen dabei ebenso eine Rolle wie Akteurskonstellationen („Verfälschung“) und der öffentliche Umgang mit

brisanter politischer Themen. In Leipzig beispielsweise ist die Umbruchssituation nach der politischen Wende zu beachten und das Vorhandensein zweier äußerst populärer Oberbürgermeisterfiguren, die beide stark den parteiübergreifenden Konsens favorisierten. Bei Berlin und Köln müssen die politischen Skandale der letzten Jahre als Erklärung in Betracht gezogen werden, wobei das Verschwinden der ‚Haupttäter‘ von der politischen Bühne offenbar nicht dazu beigetragen hat, das Vertrauen wieder zu heben. Die Beantwortung der Frage, ob sich hinter dem Einfluss der Städte tatsächlich eine dauerhafte lokale politische Kultur verbirgt, oder ob es sich um eine Reaktion auf aktuelle kommunalpolitische Situationen handelt, wäre allerdings nur im Rahmen einer Längsschnittuntersuchung möglich.

Dem spezifischen politischen Vertrauen werden wir nun anhand der Einschätzung der Repräsentation einzelner Stadtteile im kommunalpolitischen Prozess nachgehen.

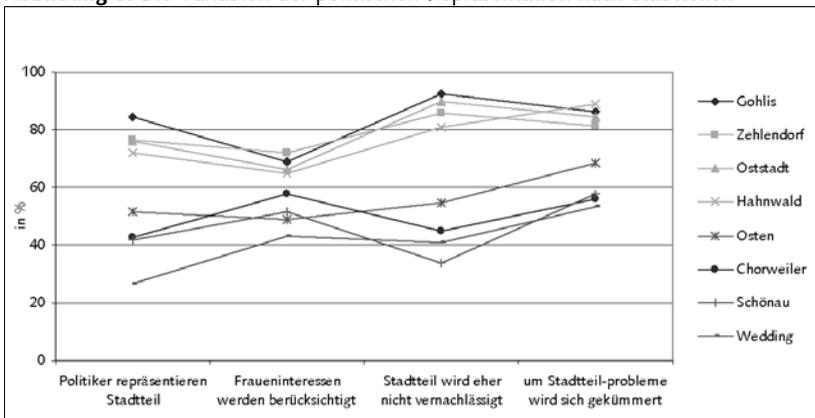
4. Die Einschätzung politischer Repräsentation einzelner Stadtteile

Unter *Repräsentation* verstehen wir einen doppelseitigen Vermittlungs- bzw. Schöpfungsprozess, in dem Repräsentanten nicht lediglich aufgrund ihrer persönlichen Zielsetzungen agieren, sondern sich um die Rückkopplung ihrer Entscheidungen zu den Repräsentierten bemühen (Häußermann/Wurtzbacher 2004). Die hier erhobenen Daten beziehen sich auf die Wahrnehmung dieser Bemühungen durch die wahlberechtigten Bewohner. Wie bewerten die Bewohner städtischer Quartiere die Aktivitäten der Kommunalpolitiker bzw. inwiefern sind sie der Ansicht, dass die Interessen des jeweiligen Stadtteils angemessen vertreten werden? Da die Mitglieder des Stadtrats nicht als Vertreter eines Viertels oder Stadtteils gewählt werden, sondern als Repräsentanten, die das Interesse der gesamten Stadt im Sinn haben sollen, ist dies für alle eine offene Frage.

Hier zeigt sich, dass die Sicht auf die politische Repräsentation des Quartiers unterschiedlich ist, je nach dem ob es sich um ein privilegiertes oder ein marginalisiertes handelt. Hier differieren die Werte zwischen 16,5 und 43,7 Prozentpunkten. Dennoch ist auffällig, dass auch in den marginalisierten Gebieten noch über die Hälfte

der Befragten der Meinung ist, dass man sich um die wichtigsten Probleme des Stadtteils kümmere. Allerdings herrscht in den marginalisierten Gebieten die Auffassung vor, dass von den gewählten Politikern nicht *genügend* getan wird, um die Interessen des Stadtteils zu vertreten. Die Kluft zwischen den Stadtteilen wird in Abbildung 3 deutlich. Die Beurteilung der Repräsentation der vier marginalisierten Quartiere liegt auf deutlich niedrigerem Niveau als die der privilegierten. Für die Frage nach der Interpretation der Repräsentation quartiersbezogener Interessen bestätigt sich also unsere These einer Kluft zwischen den marginalisierten und den privilegierten Gebieten.

Abbildung 3: Die Variablen der politischen Repräsentation nach Stadtteilen²⁶



Auch der Faktor *politische Repräsentation* wurde durch eine Faktorenanalyse ermittelt und mit Hilfe der linearen Regression auf den Einfluss unabhängiger Variablen hin geprüft. Dabei ergaben sich folgende Resultate:

²⁶ Angaben der Variablen finden sich im Methodenteil (Fußnote 8) und in der Häufigkeitstabelle 5 im Anhang.

Tabelle 2: Sukzessive Regressionsmodelle mit dem Faktor *politische Repräsentation* als abhängige Variable²⁷

Kovariante	Referenzkategorie	Modell 1		Modell 2
		Regressions- koeffizient	Regressions- koeffizient	Standard. Re- gress. koef.
männlich	weiblich	0,14***	0,15***	
Alter		0,004**	ns	ns
Mittlere Reife, POS 10.- Klasse	Hauptschulabschluss, POS 8. Klasse	ns	ns	ns
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss, POS 8. Klasse	0,12*	ns	ns
Einkommen (in 100 €)		-0,003*	-0,004*	-0,05
erwerbstätig	nichterwerbstätig	ns	ns	ns
Arbeiter	Angestellte	ns	ns	ns
Beamte	Angestellte	0,20*	ns	ns
Selbständige	Angestellte	ns	ns	ns
ledig	verheiratet	ns	ns	ns
geschieden/verwitwet	verheiratet	ns	ns	ns
Wohndauer		-0,10*	ns	ns
privilegierte Quartiere	benachteiligte Qu.	0,85***	0,76***	
Berlin	Leipzig	-0,19***	-0,17**	
Mannheim	Leipzig	ns	ns	
Köln	Leipzig	ns	ns	
politisches Interesse			ns	ns
Wähler	Nichtwähler		0,23***	
Mitgliedschaft in der Kir- che	keine Mitgliedschaft		0,11**	
Mitgliedschaft in Partei	keine Mitgliedschaft		ns	ns
Ehrenamt	kein Ehrenamt		-0,09*	
Mitglied im Sportverein	keine Mitgliedschaft		ns	ns
Mitglied einer Gewerkschaft	keine Mitgliedschaft		ns	ns
Vertrauen zu Stadtbewohnern	kein Vertrauen		ns	ns
Vertrauen zu Quartiers- bewohnern	kein Vertrauen		0,21***	
Vertrauen zu Ausländern	kein Vertrauen		ns	ns
Konstante		-0,41***	-0,64***	
N		1257	1073	1073
Adj. R ²		0,27	0,3	0,3

10% Signifikanzniveau*, 5% Signifikanzniveau**, 1% Signifikanzniveau***,
ns – statistisch nicht signifikant.

²⁷ Dabei stehen hohe positive Werte für ein hohes Maß an politischer Repräsentation; negative Werte für ein geringes Maß an politischer Repräsentation.

Im Modell 1 wird deutlich, dass sich die Bewohner benachteiligter Quartiere mehrheitlich weniger repräsentiert sehen als die Bewohner privilegierter Quartiere. Als nach wie vor einflussreich erweist sich jedoch auch die Stadt Berlin. Die Berliner Bürger sehen ihren Stadtteil sehr viel weniger repräsentiert als die Bewohner Leipzigs. Dies zeigt an, dass die aktuellen politischen Ereignisse und Entscheidungsfindungen in den Städten durchaus einen Einfluss auf die Wahrnehmung und Interpretation der Repräsentation durch die Bürger haben. Diese sind jedoch nicht allein ausschlaggebend. Ähnlich wie bei den Ergebnissen zum politischen Vertrauen sehen ältere Personen und Bewohner mit höherer Schulbildung (Abitur) die Repräsentation des Quartiers optimistischer. Hier kann man davon ausgehen, dass mit einem höheren Schulabschluss auch Kenntnisse der politischen Prozeduren und deren Reichweite zunehmen. Damit steigt auch die Gewissheit, dass man, falls nötig, durchaus entsprechenden Einfluss ausüben und politische Mechanismen für sich nutzen könnte. Frauen und Personen, die schon lange im Stadtteil leben, sehen die politische Repräsentation eher skeptisch. Beamte hingegen, die von einer persönlich gesicherten Zukunft ausgehen können, fühlen sich eher repräsentiert als Angestellte.

Weiterhin scheint im Modell 2 die Einbindung in Netzwerke eine Rolle zu spielen. Bewohner mit hohem sozialem Vertrauen zu Quartiersbewohnern und einer Mitgliedschaft in der Kirche sehen ihr Quartier eher repräsentiert als Bewohner mit niedrigem sozialem Vertrauen und Nichtmitglieder. Es zeigt sich hier, dass die Sicht auf politische Ereignisse auch von der sozialen Einbettung der Befragten abhängig ist und immer mit der ganz persönlichen Lebenssituation verknüpft bleibt. So erstaunt es nicht, dass potenzielle Wähler der Repräsentation des Stadtteils eher vertrauen als Nichtwähler. Die Beteiligung an Kommunalwahlen bringt ja bereits die Überzeugung zum Ausdruck, dass dadurch die politische Repräsentation des eigenen Stadtteils wirksam gesichert wird. Verwunderlich ist jedoch auf den ersten Blick, dass ehrenamtlich engagierte Bewohner ihren Stadtteil weniger gut repräsentiert sehen als Bewohner, die sich nicht ehrenamtlich engagieren. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass im Zuge der ehrenamtlichen Tätigkeit auch die Ansprüche an die politische Repräsentation in einem Ausmaß ansteigen, das von den Kommunalpolitikern nicht befriedigt wird und aufgrund fehlender Ressourcen vielleicht auch gar nicht befriedigt werden

kann. Weiterhin wäre es denkbar, dass ehrenamtlich Engagierte generell einen besonders kritischen Blick auf die politischen Repräsentanten werfen. Ähnlich wie in den Modellen zum politischen Vertrauen lässt sich eine Verschiebung der Variablen Alter, Abitur und Beamte in Modell 1 auf die Variable Wähler in Modell 2 vermuten.

Weiter oben haben wir auf Easton bezugnehmend argumentiert, dass wir unter *politischem Vertrauen* das diffuse Vertrauen von Bürgern in das politische System, unter *politischer Repräsentation* dagegen die spezifischen Unterstützungsleistungen der Bürger verstanden wissen wollen. Während beim politischen Vertrauen von Quartiersbewohnern kein bedeutender Unterschied zwischen marginalisierten und privilegierten Vierteln ins Auge sticht, ist dies bei der Wahrnehmung der politischen Repräsentation durchaus anders. Dort bestätigt sich unsere Hypothese eines Defizits: Die Bewohner der marginalisierten Stadtteile sehen die Interessen ihres Stadtteiles weniger gut repräsentiert. In ergänzenden qualitativen Bewohnerinterviews hat sich gezeigt, dass hier vor allem der bauliche Zustand des Gebietes und das Vorhandensein von Graffitis eine große Rolle spielt. Das Forschungsprojekt untersucht neben den Einstellungen der Quartiersbewohner auch die tatsächlichen Strategien der jeweiligen kommunalen Politik. Diesbezüglich sind die Auswertungsarbeiten noch nicht abgeschlossen; es zeigen sich jedoch deutliche Hinweise, dass die Einschätzungen den kommunalpolitischen Anstrengungen nicht gerecht werden, da hier durchaus ein starkes Bewusstsein für die Belange der benachteiligten Stadtviertel festzustellen ist.²⁸

5. Solidaritätsbereitschaft und gesamtstädtischer Sozialausgleich

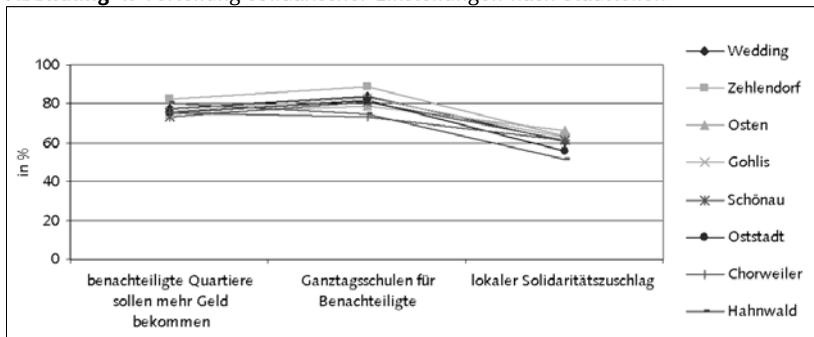
Solidaritätsbereitschaft umfasst in unserer Befragung den Rückhalt für eine politische Programmatik der Umverteilung und gilt daher als Indikator für endogene Integrationspotenziale zwischen Bürgern.

Erstaunlich ist die generell hohe Verbreitung solidarischer Einstellungen gegenüber einer integrativen Stadtpolitik. In allen vier

²⁸ Die endgültigen Ergebnisse des gesamten Forschungsprojektes werden im zweiten Halbjahr 2005 publiziert.

Städten befürworteten 76,8% der Befragten die finanzielle Besserstellung der benachteiligten Viertel – selbst für einen stadtweiten Solidaritätszuschlag sprachen sich 60,5% aus. Es zeigt sich kein Anhaltspunkt für eine dramatische Kluft zwischen den Einstellungen der privilegierten und der marginalisierten Stadtbewohner, Abbildung 4 verdeutlicht die Einstellungsmuster nach Stadtteilen. Das Solidaritätspotenzial unter städtischen Bewohnern kann insgesamt durchaus als hoch eingestuft werden, und zwar weitgehend unabhängig vom sozioökonomischen Status der Bewohner. Die folgende logistische Regressionsanalyse versucht zu klären, welche Variablen für eine solidarische Grundhaltung verantwortlich sind.

Abbildung 4: Verteilung solidarischer Einstellungen nach Stadtteilen²⁹



Als signifikant im Modell 1 erweist sich hier die Höhe des Schulabschlusses. Diejenigen, die einen höheren Schulabschluss erworben haben, zeigen auch eine stärker solidarische Grundhaltung. Weiterhin ist der Anteil der Erwerbstätigen, Selbständigen und Ledigen, die eher solidarisch antworten höher, als der Anteil der unsolidarisch Antwortenden. Unsere These, dass sich die ökonomisch Bessergestellten von solidarischen Einstellungsmustern verabschieden und die Schlechtergestellten sich selbst überlassen würden, lässt sich damit nicht stützen. Im zweiten Modell erweisen sich hier vor allem Personen, die politisch interessiert, Mitglied einer Gewerkschaft oder eines Sportvereins sind, als eher solidarisch.

²⁹ Angaben zu den Variablen finden sich im Methodenteil (Fußnote 8) und in der Häufigkeitstabelle 6 im Anhang.

Tabelle 3: Logistische Regressionstabelle mit der Dummy-Variable *Solidaritätsbereitschaft*³⁰ als abhängige Variable

Kovariante	Referenzkategorie	Modell 1 Odd-Ratio	Modell 2 Odd-Ratio
männlich	weiblich	ns	ns
Alter		ns	ns
Mittlere Reife, POS 10.Klasse	Hauptschulabschluss, POS 8. Klasse	ns	ns
Abitur, FHR	Hauptschulabschluss, POS 8. Klasse	1,47**	1,45*
Einkommen (in 100 €)		ns	ns
erwerbstätig	nichterwerbstätig	0,74**	0,76*
Arbeiter	Angestellte	ns	ns
Beamte	Angestellte	ns	ns
Selbständige	Angestellte	1,55*	1,66*
ledig	verheiratet	1,41**	1,45**
geschieden/verwitwet	verheiratet	ns	ns
Wohndauer		ns	ns
privilegierte Quartiere	benachteiligte Qu.	ns	ns
Berlin	Leipzig	ns	ns
Mannheim	Leipzig	ns	ns
Köln	Leipzig	ns	ns
politisches Interesse			1,83***
Wähler	Nichtwähler		ns
Mitgliedschaft in der Kirche	keine Mitgliedschaft		ns
Mitgliedschaft in Partei	keine Mitgliedschaft		ns
Ehrenamt kein	Ehrenamt		ns
Mitglied im Sportverein	keine Mitgliedschaft		0,70**
Mitglied einer Gewerkschaft	keine Mitgliedschaft		1,62**
Vertrauen zu Stadtbewohnern	kein Vertrauen		ns
Vertrauen zu Quartiersbewohnern	kein Vertrauen		ns
Vertrauen zu Ausländern	kein Vertrauen		ns
N		2070	1655
Adj. R ²		0,02	0,05

10% Signifikanzniveau*, 5% Signifikanzniveau**, 1% Signifikanzniveau***,
ns – statistisch nicht signifikant

³⁰ Bildung der Dummy-Variable Solidaritätsbereitschaft: 1: *in mindestens 2* der 3 der genannten Variablen wurde „solidarisch“ geantwortet; Referenzkategorie: 0: *in weniger als 2* der 3 Items wurde „solidarisch“ geantwortet. Angaben zu den Variablen finden sich im Methodenteil (Fußnote 8) und in der Häufigkeitstabelle 6 im Anhang.

Insgesamt können wir zwar Hengsbachs These einer *zunehmenden Entsolidarisierung* (1997, 220ff) aufgrund zunehmender ökonomischer Polarisierung zwischen ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘ nicht entkräften – hierzu wäre eine Längsschnittstudie notwendig –, aber immerhin deuten die Querschnittsdaten auf der Ebene der Stadt sowohl bei den privilegierten also auch bei den marginalisierten Bewohnern auf ein erhebliches Solidaritätspotenzial hin. Bei den privilegierten Bewohnern sprechen sich 58,5% der Befragten für eine Solidaritätsabgabe aus, die ungefähr 1% des Einkommens ausmachen würde! Im Stadtvergleich relativiert sich auch die Diagnose von Anhut (2000, 491), der in einem benachteiligten Quartier Duisburgs festgestellt hat, dass dort bis zu zwei Drittel der Befragten Umverteilungsmaßnahmen befürworten, wohingegen bei den Bewohnern eines privilegierten Quartiers noch nicht einmal ein Drittel Zustimmung äußert.

6. Sind die Kommunen ein Hort der Demokratie und Solidarität?

Unsere Ausgangshypothesen finden teilweise Bestätigung, es gibt aber auch eindrucksvolle Hinweise auf ein hohes Potenzial lokaler Solidaritätsbereitschaft. Für das politische Vertrauen scheint nicht allein die sozioökonomische Situation der Bewohner die ausschlaggebende Größe zu sein, sondern die stadt spezifische Situation in der lokalen Politik; die großen Unterschiede zwischen den vier Städten sind erheblich. Das Vertrauen in die politischen Parteien und in die Kommunalpolitiker ist niedrig, insbesondere dort, wo durch Korruptionsaffären und Missmanagement die Ausübung politischer Macht zur persönlichen Bereicherung ausgenutzt wurde. Integre Persönlichkeiten an der Spitze der Kommunalverwaltung können das politische Vertrauen also erheblich stärken.

Die erwarteten Diskrepanzen zwischen den privilegierten und den marginalisierten Quartieren sind dort zu Tage getreten, wo es um die politische Repräsentation der Stadtteile geht. Offenbar wird diese am Zustand des Quartiers und an der Lebensqualität des Stadtteils gemessen, denn – wie unsere Untersuchungen zum politischen Entscheidungsprozess in den Städten ergeben haben – die direkte Repräsentation der privilegierten Quartiere ist objektiv nicht stärker als die der unterprivilegierten. Hier zeigt sich, wie sich so-

ziale Ungleichheit in der Kommunalpolitik abbildet. Die hohe Lebensqualität der privilegierten Viertel wird durch den Routineprozess der Stadtverwaltung zuverlässig gesichert, so dass eine aufwändige Repräsentationsarbeit gar nicht notwendig ist. Und wenn eine Störung abzuwenden wäre, wie z. B. die Ansiedlung eines Asylbewerberheims oder der Bau einer belastenden Straße, dann verfügen die Bewohner der privilegierten Quartiere über so viel soziales Kapital, dass sie nicht auf die formellen Wege der politischen Repräsentation angewiesen sind, um ihre Privilegien zu verteidigen.

Die unterprivilegierten Bewohner wohnen in jenen Teilen der Stadt, die die schlechteste Wohnqualität aufweisen und in denen sich die sozialen Probleme konzentrieren. In stark segregierten Quartieren entstehen Kontexteffekte, die eine benachteiligte Lage verfestigen und zu einer zusätzlichen Benachteiligung führen können (vgl. Häußermann 2003). Um dies zu ändern, wären umfassende Interventionen in das Bildungssystem und aufwändige soziale Kompensationsmaßnahmen notwendig. Das hätte nicht nur eine strukturverändernde Politik auf kommunaler Ebene zur Voraussetzung, sondern übersteigt den Handlungsrahmen der kommunalen Politik. Eine *gleich starke Repräsentation* führt also zu unterschiedlichen Ergebnissen – und dies kommt in der *Bewertung* der Repräsentation zum Ausdruck.

Überraschend sind die hohen Werte für eine solidarische Politik des innerstädtischen Ausgleichs. Zwar zeigen hier die Angestellten und Beamten eine leichte Zurückhaltung, aber auf einen Zusammenbruch der politisch-moralischen Grundlagen einer integrativen Stadtpolitik deuten diese Ergebnisse nicht hin.³¹ Dieses Ergebnis führt zusammen mit den Werten für das politische Vertrauen zu einer weitreichenden These: die Stadtpolitik scheint inhaltlich nicht unbedingt das zu verwirklichen, was die Bürger für erstrebenswert halten und wofür sie auch bereit wären, persönliche Opfer zu bringen. Die ständige Verbreitung von Diagnosen zur Hegemonie von neoliberalen Überzeugungen gilt in vielen Parteien heute als Grund dafür, dass eine solidarische, umverteilende Politik keine politischen Mehrheiten mehr finden könne – und entsprechend werden dann auch die politischen Entscheidungen angelegt. Für

³¹ Ob es sich um eine schleichende Erosion handelt, wie vielfach behauptet wird, können wir allerdings nicht überprüfen, da wir mit der einmaligen Befragung keine Zeitreihen zur Verfügung haben.

eine integrative Politik gäbe es aber nach unseren Ergebnissen in der Bevölkerung eine sehr viel breitere Unterstützung, als die Politiker vermuten.

Gerade die lokale Solidaritätsbereitschaft stützt die These von Angelika Vetter (2002), dass Kommunen vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierungsprozesse und der Verlagerung politischer Entscheidungsgewalt von nationalstaatlicher auf die supranationale Ebene der EU „eine wichtige und stabilisierende Wirkung im Hinblick auf die Legitimität demokratischer Strukturen und Prozesse entfalten“ (ebd., 7). In ihrer Vergleichsstudie konnte sie zeigen, dass im Gegensatz zum Nationalstaat die Kommunen eine höhere Identifikation mit der Gemeinschaft, eine höhere politische Partizipation und Kompetenz der Bürger sowie eine höhere Zufriedenheit mit der Demokratie gewährleisten (vgl. dazu aus historischer Perspektive: Ribhegge 2002). Aus der Perspektive der Bürger betrachtet, gewinnen Städte an Bedeutung. Und – so können wir hinzufügen – unsere Ergebnisse zeigen, dass die vier Kommunen, die wir untersucht haben, nicht nur als eine politische, sondern auch als eine solidarisch eingestellte Gemeinschaft verstanden werden können.

Literatur

- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1989 [1963]): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Newbury Park: Sage Publications.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1989 [1980]): *The Civic Culture Revisited*. Newbury Park: Sage Publications.
- Anhut, Reimund (2000): Lokale politische Deutungskultur. Zum Zusammenhang von politischer Problemdeutung, sozialem Unzufriedenheits- und Konfliktpotential in der städtischen Aufnahmegesellschaft, in: Wilhelm Heitmeyer/Reimund Anhut (Hrsg.): *Bedrohte Stadtgesellschaft, Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*. Weinheim/München: Juventa, S. 449-496.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York/John Wiley & Sons.
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science*, 5, 4, pp. 435-457.
- Eisenstadt, Shmuel N. (2001): Vertrauen, kollektive Identität und Demokratie, in: Martin Hartmann/Claus Offe (Hrsg.): *Vertrauen. Die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts*. Frankfurt a. M.: Campus, S. 333-363.
- Frevert, Ute (2002): Vertrauen in historischer Perspektive, in: Rainer Schmalz-Bruns/Reinhard Zintl (Hrsg.): *Politisches Vertrauen, Soziale Grundlagen reflexiver Ko-*

- operation. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 39-60.
- Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, Oscar W. (2002): Politisches Vertrauen. in: Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 494-499.
- Gabriel, Oscar W./Kunz, Volker/Roßteutscher, Sigrid/von Deth, Jan W. (2002): Sozialkapital und Demokratie, Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich. Wien: WUV-Universitätsverlag.
- Gabriel, Oscar W. (1999): Integration durch Institutionenvertrauen? Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat im vereinigten Deutschland, in: Jürgen Friedrichs/Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.): Soziale Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 39, S. 199-238.
- Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank/Vetter, Angelika (Hrsg.) (1997): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hartmann, Martin/Offe, Claus (2001): Vertrauen. Die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt a. M.: Campus.
- Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hrsg.) (2004): An den Rändern der Städte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut/Wurtzbacher, Jens (2004): Die Gemeinde als Ort politischer Integration, in: Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hrsg.): Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft. VS-Verlag für Sozialwissenschaften. (Im Erscheinen)
- Häußermann, Hartmut (2003): Armut in der Großstadt. Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. Informationen zur Raumentwicklung, 3, 4, S. 143-157.
- Häußermann, Hartmut/Kapphan, Andreas (2000): Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen: Leske und Budrich.
- Häußermann, Hartmut (1998): Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen 'underclass'? in: Wilhelm Heitmeyer/Rainer Dollase/Otto Backes (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 145-175.
- Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hrsg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München: Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm (1998): Versagt die ‚Integrationsmaschine Stadt‘? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen, in: Wilhelm Heitmeyer/Rainer Dollase/Otto Backes (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 443-467.
- Hengsbach, Friedhelm (1997): Der Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit ist aufgekündigt. Sozio-ökonomische Verteilungskonflikte als Ursache ethnischer Konflikte, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Bd. 2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 207-232.
- Hennig, Eike/Homburg, Heiko/Lohde-Reiff, Robert (Hrsg.) (1999): Politische Kultur in städtischen Räumen, Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen,

- Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hondrich, Karl-Otto/Koch-Arzberger, Claudia (1992): Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Klages, Helmut (2002): Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement im kommunalen Raum. *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaft*, 41, 2, S. 83-107.
- Kronauer, Martin (2001): Exklusion. Frankfurt a. M.: Campus.
- Krüger, Winfried (1995): Vertrauen in Institutionen, in: Ursula Hoffman-Lange (Hrsg.): *Jugend und Demokratie in Deutschland*, DJI-Jugendsurvey 1. Opladen: Leske und Budrich, S. 245-274.
- Mill, John Stuart (1971[1861]): *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*. Paderborn: Schöningh.
- Offe, Claus (2001): Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen? in: Martin Hartmann/Claus Offe (Hrsg.): *Vertrauen. Die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts*. Frankfurt a. M.: Campus, S. 241-294.
- Offe, Claus/Fuchs, Susanne (2001): Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland, in: Robert D. Putnam (Hrsg.): *Gesellschaft und Gemeinsinn, Sozialkapital im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung, S. 417-514.
- Parry, Geraint (1976): Trust, Distrust and Consensus. *British Journal of Political Science*, 6, 2, pp. 129-142.
- Putnam, Robert D./Leonardi, Robert/Nanetti, Raffaella Y. (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone. The Collaps and Revival of American Community*. New York: Touchstone.
- Ribhegge, Wilhelm (2002): *Stadt und Nation in Deutschland vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Die Entstehung der Zivilgesellschaft aus der Tradition der Städte*. Münster/New York/München/Berlin: Waxman.
- Roth, Roland (1998): Lokale Demokratie „von unten“. Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik, in: Helmut Wollmann/Roland Roth (Hrsg.): *Kommunalpolitik, Politisches Handeln in den Gemeinden*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 2-23.
- Schacht, Konrad (1987): *Politische Kultur, sozialer Wandel und Wahlverhalten im Dienstleistungszentrum Frankfurt*, in: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.): *Politische Kultur in Deutschland, Bilanz und Perspektiven der Forschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 275-281.
- Schmalz-Bruns, Rainer (2002): Vertrauen in Vertrauen? Ein konzeptueller Aufriß des Verhältnisses von Politik und Vertrauen, in: Rainer Schmalz-Bruns/Reinhard Zintl (Hrsg.): *Politisches Vertrauen, Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 9-38.
- Tocqueville, Alexis de (1985[1835]): *Über die Demokratie in Amerika*. Stuttgart: Reclam.
- Vetter, Angelika (2002): *Lokale Politik als Ressource der Demokratie in Europa? Lokale Autonomie, lokale Strukturen und die Einstellungen der Bürger zur lokalen Politik*. Opladen: Leske und Budrich.
- Walz, Dieter (1996): *Vertrauen in Institutionen in Deutschland zwischen 1991 und 1995*. ZUMA-Nachrichten, 38, 20, 5, S. 70-87.

- Wehling, Hans-Georg (1987): Die Bedeutung regionaler Politischer Kultur-Forschung unter besonderer Berücksichtigung Württembergs, in: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland, Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 259-266.
- Westle, Bettina (1989): Einstellungen zu den politischen Parteien und der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Volksparteien. Ratlose Riesen? Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 223-239.
- Wollmann, Hellmut (2002): Die Bürgergemeinde – ihr Doppelcharakter als politische Kommune und (zivil-) gesellschaftliche Gemeinde. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 41, 2, S. 23-43.

Die Autor/innen:

Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Institut für Sozialwissenschaften,
Stadt- und Regionalsoziologie, Humboldt-Universität zu Berlin,
Unter den Linden 6, 10099 Berlin,
hartmut.haeussermann@sowi.hu-berlin.de,

Dipl. Soz. Katrin Luise Läzer, Institut für Sozialwissenschaften,
Stadt- und Regionalsoziologie, Humboldt-Universität zu Berlin,
Unter den Linden 6, 10099 Berlin,
katrin.luise.laezer@sowi.hu-berlin.de

Dipl. Soz., Dipl. Päd. Jens Wurtzbacher, Institut für Sozialwissenschaften,
Stadt- und Regionalsoziologie, Humboldt-Universität zu
Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin,
jens.wurtzbacher@sowi.hu-berlin.de

Anhang

Tabelle 4: Häufigkeitsverteilung des Vertrauens in die Institutionen der Kommunalpolitik³² (in %)

	Generelle Zufriedenheit	Oberbürgermeister	Politikter	Gemeinderat	Stadtverwaltung	Stadtparteien	Bezirksbeirat
Gesamt	50,3	64,8	43,1	55,4	53,4	42,4	49,5
margin. Quartiere	49,0	63,1	40,4	51,1	51,8	42,3	46,4
Wedding	22,1	45,4	26,0	33,6	32,4	29,3	39,2
Osten	72,5	84,3	55,8	70,0	66,9	50,4	49,0
Schönau	52,4	58,9	44,1	54,7	54,4	46,5	49,6
Chorweiler	48,9	63,0	36,6	48,5	54,5	44,3	48,1
privileg. Quartiere	51,5	66,5	45,8	59,5	55,0	42,4	53,0
Zehlendorf	27,7	49,4	32,1	49,9	38,2	29,9	44,5
Gohlis	78,9	93,7	67,2	79,9	69,1	57,9	59,1
Oststadt	54,7	56,4	49,7	59,6	64,6	45,6	51,2
Hahnwald/Mar.	45,2	65,5	36,1	49,5	49,7	38,1	59,5
Berlin	25,0	47,4	29,1	42,0	35,4	29,6	41,9
Leipzig	75,7	89,0	61,5	75,1	68,0	54,1	53,9
Mannheim	53,6	57,7	46,8	57,1	59,4	46,1	50,3
Köln	47,0	64,3	36,4	49,0	52,0	41,1	53,6
N (100%)	3166	3144	2756	2765	2862	2806	2081

³² Folgende Variablen wurden in dieser Tabelle zusammengefasst: 1. „Sind Sie im Großen und Ganzen mit der Kommunalpolitik in B./L./M./K. sehr zufrieden, eher zufrieden, [versus] eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“; 2. „Wenn Sie an die Zukunft von B./L./M./K. denken, haben Sie zu folgenden Personen oder Einrichtungen großes Vertrauen, eher Vertrauen, [versus] eher kein Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie groß ist Ihr Vertrauen zum Oberbürgermeister?“; 3. „Zu Kommunalpolitikern“; 4. „Zum Gemeinderat/Stadtrat/Abgeordnetenhaus?“; 5. „Zur Stadtverwaltung?“; 6. „zu den Stadtparteien?“; 7. „Und zum Bezirksbeirat/zur Bezirksvertretung/zur Bezirksverordnetenversammlung?“

Tabelle 5: Häufigkeitsverteilung der politischen Repräsentation von Stadtteilinteressen³³ (in %)

	Kommunalpolitiker vertreten Interessen des Stadtteils ausreichend	Interessen von Frauen werden ausreichend berücksichtigt	Stadtteil wird im Vergleich zu anderen Stadtteilen eher nicht vernachlässigt	Um die wichtigsten Probleme des Stadtteils wird sich gekümmert
Gesamt	58,5	59,1	65,7	72,0
margin. Quartiere	40,6	50,5	43,7	59,0
Wedding	26,7	43,2	40,9	53,2
Osten	51,5	49,0	54,5	68,5
Schönau	41,9	51,5	34,0	58,0
Chorweiler	42,6	57,8	44,9	56,1
privileg. Quartiere	77,1	68,2	87,4	85,2
Zehlendorf	76,6	72,2	85,9	81,4
Gohlis	84,3	68,7	92,5	86,3
Oststadt	76,0	66,4	90,0	84,4
Hahnwald/Mar.	72,2	65,0	80,8	88,8
Berlin	51,6	58,0	63,6	67,4
Leipzig	67,5	58,4	73,4	77,2
Mannheim	58,0	58,6	62,3	70,7
Köln	57,6	61,2	63,0	72,7
N (100%)	2682	1978	2962	2884

³³ Folgende Variablen wurden in dieser Tabelle zusammengefasst: 1. „Wenn Sie nun an Wedding/Zehlendorf/Osten/Gohlis/Schönau/Oststadt/Chorweiler/Hahnwald im Allgemeinen denken, würden Sie sagen, dass folgende Aussagen voll zutreffen, eher zutreffen, [versus] eher nicht zutreffen oder gar nicht zutreffen? Die Interessen von Wedding/... werden ausreichend durch Kommunalpolitiker und durch den Stadt-/Gemeinderat/Abgeordnetenhaus vertreten“; 2. „Die Interessen der Frauen werden im Stadtteil ausreichend berücksichtigt“; 3. „Wedding/... wird im Vergleich zu anderen Stadtteilen von der Stadtverwaltung eher vernachlässigt“; 4. „Um die wichtigsten Probleme des Stadtteils kümmert sich niemand.“

Tabelle 6: Häufigkeitsverteilung der Solidaritätsbereitschaft³⁴ (in %)

	schlechter gestellte Viertel sollten mehr Geld erhalten	Ganztagsschulen sollen bei schlechteren Schulleistungen unterstützt werden	Zustimmung zu Solidaritätszuschlag
Gesamt	76,8	80,6	60,50
margin. Quartiere	75,0	79,3	62,5
Wedding	77,4	84,1	60,5
Osten	74,3	78,8	66,5
Schönau	73,2	81,1	61,4
Chorweiler	75,1	73,1	61,6
privileg. Quartiere	78,6	82,0	58,5
Zehlendorf	82,2	88,5	63,6
Gohlis	76,4	83,0	62,9
Oststadt	75,5	81,9	55,6
Hahnwald/Mar.	80,3	74,6	51,4
Berlin	79,8	86,2	62,1
Leipzig	75,3	80,9	64,7
Mannheim	74,4	81,5	58,5
Köln	77,7	73,8	56,5
N (100%)	3139	2817	3139

³⁴ Folgende Variablen wurden in dieser Tabelle zusammengefasst: 1. „Stellen Sie sich vor, Sie könnten bei der momentanen Finanznot über die knappen Gelder der Stadt B./L./M./K. entscheiden. Wie sollten die knappen Gelder verteilt werden? Das Geld sollte auf alle Viertel gleich verteilt werden [versus] oder die schlechter gestellten Viertel sollten mehr Geld bekommen.“; 2. „Wie Sie vielleicht gehört haben, steht Geld zur Einrichtung von Ganztagsschulen zur Verfügung. Wo im Stadtgebiet sollte man diese Ganztagsschulen einrichten? Dort, wo die schlechtesten Schulleistungen zu beobachten sind [versus] oder dort, wo man die Besten unterstützen kann?“; 3. „Angenommen der Stadt-/Gemeinderat/das Abgeordnetenhaus erwägt, einen Solidaritätszuschlag für B./L./M./K. einzuführen, um die Lebensbedingungen in schlechter gestellten Vierteln zu verbessern. Dieser Zuschlag würde weniger als ein Prozent Ihres Einkommens ausmachen. Würden Sie für [versus] oder gegen den Vorschlag einer Stadtabgabe stimmen?“

Tabelle 7: Faktor Politisches Vertrauen

Variable	Faktorladung	Kommunalität
Zufriedenheit mit der Kommunalpolitik	0,62	0,62
Vertrauen zum Oberbürgermeister	0,66	0,56
Vertrauen zu Kommunalpolitikern	0,78	0,39
Vertrauen zum Stadtparlament	0,81	0,34
Vertrauen zur Stadtverwaltung	0,69	0,52
Vertrauen zu den Stadtparteien allgemein	0,73	0,46
Vertrauen zum Bezirksbeirat	0,62	0,62
Eigenwert	3,48	

Iterative Haupt-Faktormethode, oblique Rotationsmethode: promax

Tabelle 8: Faktor Politische Repräsentation

Variable	Faktorladung	Kommunalität
Die Interessen meines Stadtteils werden ausreichend durch Kommunalpolitiker und Stadtrat/Gemeinderat vertreten	-0,73	0,46
Die Interessen der Frauen werden im Stadtteil ausreichend berücksichtigt	-0,49	0,76
Mein Stadtteil wird im Vergleich zu den anderen Stadtteilen von der Stadtverwaltung eher vernachlässigt	0,73	0,47
Um die wichtigsten Probleme kümmert sich niemand	0,68	0,54
Eigenwert	1,76	

Iterative Haupt-Faktormethode, oblique Rotationsmethode: promax

Tabelle 9: Anzahl der ausgewerteten Interviews

Gesamt/Quartiere/Städte	Anzahl an Interviews
gesamt	3289
marginalisierte Quartiere	1643
privilegierte Quartiere	1646
Wedding	417
Zehlendorf	420
Osten	417
Gohlis	422
Schönau	404
Oststadt	404
Chorweiler	405
Hahnwald/Marienburg	400
Berlin	837
Leipzig	839
Mannheim	808
Köln	805

**Journal für Konflikt- und Gewaltforschung (JKG),
6. Jg., Heft 2/2004**

**Journal of Conflict and Violence Research,
Vol. 6, 2/2004**

Herausgeber:

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Vorstand: Günter Albrecht, Britta Bannenberg, Joachim Brüß, Rainer Dollase, Wilhelm Heitmeyer, Jürgen Mansel, Nils Thiel)

Wissenschaftlicher Beirat:

Jens S. Dangschat (Wien), Manuel Eisner (Cambridge), Hartmut Esser (Mannheim), Friedrich Heckmann (Bamberg), Hans-Gerd Jaschke (Münster), Wolfgang Kühnel (Berlin), Alf Lüdtke (Erfurt/Göttingen), Amélie Mummendey (Jena), Gertrud Nunner-Winkler (München), Karl F. Schumann (Bremen), Helmut Thome (Halle), Michael Vester (Hannover), Peter Waldmann (Augsburg)

Redaktion:

Wilhelm Heitmeyer, Peter Imbusch, Kurt Salentin (verantwortlich), Peter Sitzer, Gisela Wiebke, Stefanie Würtz

Cover:

Doris Voss, Audiovisuelles Zentrum der Universität Bielefeld

Gesamtherstellung:

Druckerei Hans Gieselmann,
Bielefeld

Aboverwaltung/Rechnungswesen:

Sabine Passon, Tel.: 0521/106-3163

Anschrift der Redaktion:

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, Tel.: 0521/106-3163; Fax: 0521/106-6415; E-Mail: ikg@uni-bielefeld.de

Erscheinungsweise:

Zweimal jährlich (15. April und 15. Oktober)

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement: € 20 (ermäßigt für Studierende und Erwerbslose: € 15); Einzelhefte: € 12,50 (ermäßigt € 7,50). Preise jeweils zzgl. Versandkosten. Schriftliche Bestellungen bitte an die Redaktionsanschrift oder an den Buchhandel (ISSN 1438-9444).

Das „Journal für Konflikt- und Gewaltforschung“ wird für folgende Referateorgane ausgewertet: SOLIS, Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Worldwide Political Science Abstracts und Linguistics and Language Behavior Abstracts.

Themenschwerpunkt: Wie gefährlich ist Segregation in Städten?

Jens S. Dangschat

Segregation – Indikator für Desintegration? **6**

*Hartmut Häußermann, Katrin Luise Läger und
Jens Wurtzbacher*

Vertrauen und solidarische Einstellungsmuster bei Stadtbe-
wohnern **32**

John Rex

The Integration of Immigrant Minorities, Social Citizenship
and Cultural Differences. Radicalisation and Conflict in the
Light of Frustrated Expectations **63**

Analysen

Matthias Koenig

Öffentliche Konflikte um die Inkorporation muslimischer
Minderheiten in Westeuropa – analytische und komparative
Perspektiven **85**

Heinz Lynen von Berg

Die Evaluierung der Mobilen Beratungsteams des CIVITAS-
Programms. Eine kritische Betrachtung ausgewählter Ergeb-
nisse. Teil 2 **101**

Replik

Heinz Messmer

Was ist der Gegenstand konflikttheoretischer Forschung? –
Erwiderung auf Jörg Hüttermann **139**

Summaries **149**